

Zu Fragen der Demokratie

Wir schlagen der SPD-Führung eine besondere Beratung darüber vor, wie Abrüstung und Frieden in Deutschland und für Deutschland gesichert werden können.

Wir würden bei diesen Verhandlungen, die zweckmäßigerweise auf hoher Ebene stattfinden sollten, auch über die militärischen Pläne der Bundesregierung sowie über die Pläne des bei ihr bestehenden Forschungsrates sprechen, die sich mit der Ausplünderung der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigen. Auf einer solchen Beratung hätte die SPD-Führung auch die Möglichkeit, vertrauliche Fragen aufzuwerfen, die sich nicht zur öffentlichen Erörterung eignen.

Nicht wenige Mitglieder und Freunde der westdeutschen Sozialdemokratie sehen mit Besorgnis, daß *die SPD an einem Scheideweg* steht, sich aber offenbar noch nicht entschlossen hat, welche Richtung sie wählen will.

Die Führung der westdeutschen CDU/CSU sucht den Ausweg aus der selbstgewählten Sackgasse im Übergang zur Diktatur in Form der sogenannten formierten Herrschaft. Ihre Kennzeichen sind Notstandsdictatur, Abbau der demokratischen Rechte, Gleichschaltung der Gewerkschaften, verschärfte Ausbeutung der Werktätigen und geistige Manipulierung der Westdeutschen durch die großkapitalistischen Meinungsfabriken.

In seiner zweiten „Offenen Antwort“ erklärt der Parteivorstand der SPD unter Bezugnahme auf das Godesberger Programm, die Demokratie müsse die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden. Wir nehmen an, dieser Satz ist auf das erstrebte künftige vereinte Deutschland gemünzt.

Wir stimmen dem SPD-Parteivorstand zu. Wir werden uns aber wohl darüber aussprechen müssen, *was wir unter Demokratie verstehen*. Die Mitwirkung bei der Vorbereitung einer Notstandsdictatur in der westdeutschen Bundesrepublik zum Beispiel können wir schwerlich als „Streiten für Demokratie“ anerkennen. Diese ganze Notstandspolitik ist eine systematische Aufhebung der Demokratie. Und wir sehen - offen gesagt - mit Erstaunen, daß führende SPD-Politiker und sogar Mitglieder des Parteivorstandes der SPD für die Notstandsgesetzgebung und somit für die Aufhebung der Demokratie eintreten.

Die von der Regierung der westdeutschen CDU/CSU angestrebte